

men. Sie haben den Bericht und die Tätigkeit der vom Generalsekretär des Zentralkomitees der SED und Vorsitzenden des Staatsrates, Erich Honecker, geleiteten Delegation der DDR auf der Tagung vollauf gebilligt und den Festlegungen der Prager Tagung uneingeschränkt zugestimmt.

Die Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses fand zu einem Zeitpunkt statt, da für den Weltfrieden aus dem zügellosen Konfrontations- und Hochrüstungskurs des Imperialismus zunehmende Gefahren erwachsen. Der Entspannung ist durch diesen Kurs schwerer Schaden zugefügt worden. Wie auf der Tagung hervorgehoben wurde, erstarken aber zugleich die Kräfte, die sich dieser verhängnisvollen Linie der Weltpolitik wirksam widersetzen und die in der Lage sind, sie zu durchkreuzen. Ihr geschlossenes, zielstrebiges Handeln vermag die für alle Völker lebensbedrohende nukleare Katastrophe abzuwenden.

Gerade in der heutigen, zugespitzten internationalen Situation gründen sich die Hoffnungen der Völker vor allem auf die Macht und die Stärke der UdSSR, der sozialistischen Staatengemeinschaft, auf ihre konstruktiven Friedensvorschläge und unermüdlichen Initiativen zur Gesundung der Weltlage. Die führenden Repräsentanten der sozialistischen Gemeinschaft haben erneut bekräftigt, daß ihre Staaten wie bisher ihr ganzes internationales Gewicht, ihr politisches und ökonomisches Potential in die Waagschale des Friedens legen werden. Die in Prag angenommene Politische Deklaration weist die Alternative zur nuklearen Katastrophe. Die Staaten des Warschauer Vertrages unterbreiten umfassende, für alle am Frieden interessierten und realistisch gesinnten Staatsmänner und Völker akzeptable Vorschläge zur Rüstungsbegrenzung, zur Abrüstung, zur Belebung und Durchsetzung der internationalen Entspannung.

Das Politbüro des ZK der SED und der Ministerrat der DDR versichern namens des gesamten Volkes der DDR, daß der sozialistische deutsche Arbeiter- und Bauern-Staat auch künftig seiner Verantwortung als Eckpfeiler des Friedens in Europa an der Trennlinie der beiden Gesellschaftssysteme auf unserem Kontinent stets gerecht werden wird. Er wird alles tun, um an der Seite der Sowjetunion und der anderen Bruderländer die Politische Deklaration von Prag mit Leben zu erfüllen.

Außerordentlich großes Gewicht messen das Politbüro des ZK der SED und der Ministerrat der DDR dem Vorschlag der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages bei, zwischen ihnen und den Mitgliedsländern des Nordatlantikvertrages einen Vertrag über die Nichtanwendung militärischer Gewalt und die Aufrechterhaltung friedlicher Beziehungen abzuschließen. In diesem Vorschlag sieht die DDR eine weltpolitische, weitreichende Initiative. Ihre Verwirklichung würde nicht nur einen wohlthuenden Einfluß auf die gesamte internationale Entwicklung ausüben, sondern wesentlich dazu beitragen, die Gefahr eines Kernwaffenkrieges zu bannen. Die DDR wird für das Zustandekommen eines solchen Vertrages alles in ihren Kräften Stehende tun.